

Claus Leggewie

Die dunklen Seiten der Transparenz und die Widersprüche der Transparenten

2013

<https://doi.org/10.25969/mediarep/18521>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Leggewie, Claus: Die dunklen Seiten der Transparenz und die Widersprüche der Transparenten. In: *ZMK Zeitschrift für Medien- und Kulturforschung*. Medienanthropologie, Jg. 4 (2013), Nr. 1, S. 65–70. DOI: <https://doi.org/10.25969/mediarep/18521>.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Creative Commons - Namensnennung - Nicht kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0/ Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/>

Terms of use:

This document is made available under a creative commons - Attribution - Non Commercial - Share Alike 3.0/ License. For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/>

Die dunklen Seiten der Transparenz und die Widersprüche der Transparenten

Claus Leggewie

»TRANSPARENZ!« IST EIN POSTULAT, das gegenwärtig an alle möglichen politischen, medialen und wissenskulturellen Phänomene herangetragen und kontrovers verhandelt wird: Den einen gilt sie, wie Anita Möllering, als fundamentale Bedingung partizipatorischer Demokratie und Informationsfreiheit, von der sie eine Erneuerung der politischen Kultur erwarten. Andere, wie beispielsweise Byung-Chul Han, sehen darin ein Instrument sozialer Kontrolle, das die Voraussetzungen von Individualität und persönlicher Freiheit, von kultureller Differenz und Vertrauen zugunsten des Terrors einer gleichgeschalteten, nivellierten »Transparenzgesellschaft« zum Verschwinden bringe.

So kommen wir ernsthaft nicht weiter. Zur Schärfung des Begriffs muss man seine ganze Dialektik einfangen – das stets ambivalente Spannungsfeld zwischen Öffentlichkeit und Privatheit, Geheimnis und Wissen, Kontrolle und Vertrauen, Tabuierung und Tabubruch, zwischen Praktiken der Enthüllung und Verhüllung. Wissenschaftlich ist die polemische Debatte, die sich an Skandalen wie dem Disertationsbetrug des Freiherrn von und zu Guttenberg, an satten Honoraren des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück, an undichten Stellen im Umkreis des Papstes, an der Vertuschung von Geheimdienstspannen wie an der systematischen Ausspähung von Staatsgeheimnissen durch Wikileaks, an den Machenschaften des Finanzsektors (Libor) und vielem mehr entzündet hat, inter- und transdisziplinär anzugehen. Denn hier werden Grundprobleme der politischen Kultur ebenso aufgegriffen wie staats- und verfassungsrechtliche Fragen der Meinungsfreiheit und der Persönlichkeitsrechte.

Verhandelt werden dabei Problemlagen der gesamten Medienevolution von den Flugschriften der Reformations- und Revolutionsära über die Fotografie, die Printmedien und die elektronischen Massenmedien bis zu den Social Media, die stets ihre Enthüllungsgeschichten brachten, aber auch Selbstzensur betrieben. Nicht zuletzt sind auch Beichte und Psychoanalyse Medien der Generierung von Transparenz. Aber oftmals ist ein und derselbe Vorgang wie zum Beispiel die Verschleierung des weiblichen Gesichts Ver- und Enthüllung zugleich, indem es sich den Blicken der Umgebung verschließt und sich eben damit in der Öffentlichkeit als eine Muslima (oder doch: Nonne?) entpuppt. Textilien machen die

materiale Dimension des Vorgangs sichtbar, ähnlich Verpackungen, Buchdeckel und dergleichen. Ideengeschichtlich ist mit dem Intellektuellen ein regelrechter Enthüllungsvirtuose aufgetreten, dessen Spezies sich oft genug in den Dienst der Vertuschung anderer Vorgänge gestellt hat.

Diese Abwägungen führen mich keineswegs dazu, Anita Möllering's Grundforderungen in Frage zu stellen, die völlig berechtigt sind und Wikileaks genau wie die Piraten verdienstermaßen ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit gerückt haben. Ebenso wäre es albern, die in der Praxis der Partei und Fraktionen offensichtlich gewordenen Defizite gegen das von ihnen so vehement verfochtene Prinzip zu kehren und ihnen vorzuhalten, sie wären ja selbst nicht transparent. Deutlicher als andere Vertreterinnen des Transparenz-Postulats stellt Möllering klar, wo auch Piraten closed shops, vertrauliche Gespräche im Hinterzimmer oder am Telefon, für zielführend halten – sie möchten allerdings jeweils publik machen, dass sie das getan haben.

1. Die Piraten stehen mit ihrer Forderung in einer langen, ja edlen Tradition, die auch Kritiker resümierend anerkennen: »Wie wichtig [...] die Steigerung der Durchschaubarkeit von Politik und Verwaltung ist, lässt sich vor dem Hintergrund der jahrhundertelangen zähen Wahrung des Staatsgeheimnisses ermessen. Vom mystischen ›Arkanum‹ des mittelalterlichen Königtums über das kameralistische Staatsgeheimnis der absolutistischen Fürsten und ihrer Geheimräte bis zum Amtsgeheimnis der modernen Bürokratien seit dem 19. Jahrhundert sorgte das exklusive Herrschaftswissen durchgehend für einen tiefen Graben zwischen Obrigkeit und Untergebenen.« (Andreas Zielcke, *Süddeutsche Zeitung* 29.03.2012). Die Piraten setzen diese Tradition der Lüftung von arcana imperii fort, verbunden mit einer ausgesprochen vergemeinschaftungsfreundlichen Revision des herrschenden Verständnisses geistigen Eigentums und des Urheberrechts. Damit sind sie, was man eigentlich von Urliberalen und Grünen hätte erwarten dürfen, die Vorkämpfer der Informationsfreiheit, die auch und gerade moderne Staatsapparate höchst lückenhaft gewähren.

Vieles, was unter Prävention von Terrornetzwerken und Organisierter Kriminalität oder beim Jugendschutz vor Pädophilie und Pornografie gelaufen ist, hat diese Position bestärkt; spätestens die weltweiten Proteste gegen das Urheberrechtsabkommen ACTA im Februar 2012 haben den entgeisterten politischen Eliten gezeigt, welche Kraft ein Mobilisierungsmotiv in einem Bereich hat, den sie für völlig nebensächlich oder für ein reines Spezialthema von Nerds gehalten hatten. Allein in München waren 16.000 Menschen bei eisiger Kälte auf die Straße gegangen, um gegen die intransparente Form des Zustandekommens wie den Inhalt von ACTA Flagge zu zeigen – und sie errangen einen ersten Erfolg, weil die Bundesregierung die Zustimmung zurückzog.

2. Dabei werden die Tücken dieses political approach sichtbar: Die Piraten opponieren vornehmlich gegen Verbote und Vorschriften, Gesetze und Regulierungen, also gegen bestimmte Aspekte von Staatlichkeit, die in der »Netzgemeinde« für obsolet gehalten werden. Das libertäre oder anarchistische Gegenprogramm: Lasst uns nur machen, am Ende kommt mehr Freiheit für alle heraus. Im Ranking der Empfindlichkeiten und Empörungsanlässe stehen staatliche Eingriffe und Interventionen ganz oben. Weitgehend unbehelligt bleiben hingegen die privat-kommerziellen Interessenten, deren Distributionsmittel die Piraten und vor allem ihre Basis und Wählerschaft fast unkritisch nutzen: Microsoft und Apple, Twitter und Facebook.

Die Ausgestaltung des Internet als »Marktplatz der Ideen« steht in einer ambivalenten Pfadabhängigkeit – zum einen als Markt- und Spielplatz, indem Konsum- und Unterhaltungsbedürfnisse hemmungslos im Vordergrund stehen, zum anderen als Agora und Forum politischer und sozialer Partizipation, in denen viele Aspekte der antiautoritären Revolte aufbewahrt und weiterentwickelt wurden. Radikale Individualisierung und vehemente Gemeinschaftsrhetorik bilden die Flanken eines neuen medial-industriellen Komplexes, der einer deliberativen Demokratie dieselben Instrumente an die Hand gibt wie dem Mainstreaming des Geschmacks und der sozialen Präferenzen. Im Prozess der Medienevolution distanziert sich die »Internet-Generation« von den Unterhaltungs- und Politikformaten des öffentlich-rechtlichen Fernsehens klassischer Provenienz und gestaltet, in partieller Affinität zum Unterhaltungsstil und zur Rhetorik des privat-kommerziellen Fernsehens, den Marktplatz der Ideen auch zur Politikarena um, der vor allem die strukturierte Vergemeinschaftung via Social Media zugrunde liegt.

Was man Ende der 1990er Jahre an Filtern, Blockiersoftware und Suchmaschinen kritisieren konnte,¹ nämlich die Privatisierung von Zensur und Geschmackbildung in den Händen von großen Unterhaltungs- und Medienkonzernen, gilt heute noch mehr. Wenn in der alten Welt der Bücher und Bilder, der Zeitungen und des unidirektionalen Fernsehens für den Staat und das politische System galt, dass sie sich nicht einzumischen hätten, so gilt das in der neuen Welt der digitalisierten Kommunikation mit noch viel größerer Berechtigung für die Medienkonzerne Microsoft, Google und Facebook. Der Staat bleibt da, wo er Zensur und Kontrolle ausübt, der »übliche Verdächtige«, gewiss. Aber die Zensur- und Kontrollmacht der Medienkonzerne zu übersehen, wäre fahrlässig und fatal; bei ihnen konzentrieren sich schon ökonomisch alle Mittel, die öffentliche Meinung zu formen und zu formatieren. Der Antietatismus der anarchistischen Bewegungen, die sich im

¹ Vgl. Claus Leggewie: Enteignet Bill Gates!? Staatliche Regulierungsversuche im Internet, in: Claus Leggewie u. Christa Maar (Hg.): Internet & Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie, Köln 1998, S. 207–222.

Internet eine Gesellschaft nach ihrem Bild geschaffen zu haben meinen, lässt eine kritische Betrachtung und politische Opposition gegen die neoliberale Ideologie des »großen Marktplatzes der Ideen« vermissen, die großenteils nicht selbstorganisiert ist, sondern von den genannten Medienagglomerationen beherrscht wird. Die Machtfrage wird nicht gestellt, eine Enteignungsforderung gegen Mark Zuckerberg ist mir nicht zu Ohren gekommen.

Heute geht die Bedrohung der freien Rede – und notabene: des freien Marktes! – weniger von Big Brother, also den Wahrheitsministerien autoritärer Obrigkeitsstaaten aus als vom Konformismus eines kulturindustriellen Komplexes in privaten Händen. Da nun das Internet und speziell das Web 2.0 wichtige Produktionsmittel politischer Aktivitäten sind, ist das Schweigen gegenüber der Machtkonzentration fatal und eine radikale Kritik der Produktionsmittel so notwendig wie zu Beginn der bürgerlichen und industriellen Revolutionen.

Neue Soziale Medien zur politischen Potenz zu erheben, ist aus mehreren Gründen ein Kategorienfehler. Der wichtigste Grund ist ihr privat-kommerzieller Charakter, während politische Aktion Öffentlichkeit vorschreibt und Gewinn-Orientierung ausschließt. Es wäre fatal, wenn Internet-affine Akteure im (durchaus berechtigten) Misstrauen gegen staatliche Machtmonopole die geballte Macht wirtschaftlicher Oligopole übersehen würden. Die ebenso simple wie umstürzende Geschäftsidee des Facebook-Gründers Zuckerberg bestand bekanntlich darin, Surfprofile und Kontakte von Konsumenten im Netz zu erstellen und sie mit Gewinn weiterzuverkaufen. Facebook verbindet virtuelle Face-to-Face-Gemeinschaften, deren Mitglieder sich nicht persönlich kennen müssen, aber über Interfaces verbunden sind und darüber regelmäßig (meist private) Informationen austauschen, sich verabreden, eine Fan-Thematik pflegen (z. B. Computer-Rollenspiele), dabei eine eigene Sprache und eventuell einen speziellen Wertekosmos herausbilden, Lebensstile gemeinsam ausprobieren und sich nach außen abgrenzen. Daran wirken unterdessen mehr als eine halbe Milliarde Menschen mit – als »freie Mitarbeiter« eines Konzerns, der ihnen Klarnamen und Konterfei abverlangt, aber die gespeicherten Mitarbeiterdaten nicht mehr herausrücken will. Problematisch ist auch, dass Facebook – im Gegensatz zu anderen Medien – selbst ein ausgrenzendes und autoritäres Medium ist, in dem es seine Dienste nur durch ein Tauschgeschäft von Daten zur Verfügung stellt. Wer sich (nicht aus Technologieverweigerung, sondern aus Gründen der informationellen Selbstbestimmung) diesem »Tauschgeschäft« verwehrt – und das sind in der Regel kritische Konsumenten und Bürger – wird aus der Pseudo-Öffentlichkeit von Facebook ausgeschlossen. Bestimmte Kommentierungsfunktionen in Online-Plattformen und Blogs sind derweil nicht mehr ohne eine Mitgliedschaft bei Facebook möglich.

Ein weiterer Vorbehalt gegen eine Politisierung via Facebook ist die Gleichsetzung von Bürgern mit Nutzern. Facebook sammelt nicht nur Daten, mit denen

Bedürfnisse gelenkt werden können, es sammelt über den Like-Button bevorzugt Meinungen, mit denen durch personalisiertes Branding und Reputationsmanagement Bedürfnisse geschaffen werden können. Unter dem Vorwand totaler Transparenz hat sich eine undurchsichtige Datensammlung etabliert, die jenen, denen sie freundlichst unter den Arm greift, auch die Prioritäten darüber vorgibt, was subjektiv relevant ist und was nicht. Zur Nachricht an den engen Freundeskreis melden sich die passende Werbung und vor allem jene Freunde, die Facebook-Algorithmen für die richtigen halten.

Zusammenfassend ignoriert der politisch gemeinte Klick ein Kernelement demokratischer Kommunikation – die ausgewogene, nicht durch Sympathie oder Antipathie verzerrte Debatte. Deliberation kann nicht funktionieren, wenn sämtliche Inhalte ich-zentriert, also auf ein individuelles Profil abgestimmt sind, das zugleich einem von (Zu-)Stimmungen außergeleiteten Konformitätszwang untersteht. Die sozialen Medien suggerieren bloß spielerische Wahlmöglichkeiten, in Wirklichkeit erlauben oder erzwingen Vernetzung und Verdattung den permanenten Abgleich mit anderen, zur Pflege des eigenen sozialen Kapitals. Soziale Kontrolle entsteht hier nicht durch staatliche Überwachung und Repression, sondern in der freiwilligen, durch Generations- und Modeeffekte verstärkte, Soziometrie mit Bekenntniszwang. Als »Freunde« konnotierte Andere wachen über die Hipness und Hinnehmbarkeit von Präferenzen, im Extremfall drohen bei Abweichung Exklusion, Mobbing und sozialer Tod. Es wäre fatal, wenn diese Mischung von kollektivem Transparenzzwang und individueller Authentizitätsbehauptung Präferenzen bei Wahlentscheidungen und politischen Optionen beeinflussen würde.

3. Wo die Piraten Recht haben: Es geht heute um nicht weniger als eine neue Eigentumsordnung geistiger und materieller Werte und die radikale Informationsfreiheit durch Transparenz und offenen Zugang. Die Piraten nennen das Commons-Politik, den Schutz einer transnationalen Allmende des Wissens, das der Menschheit ohne Einschränkungen und Eingriffe zugute kommen soll. Genau hier formt sich die Spaltungslinie, hat sich ein Milieu ausgeprägt, haben sich Politikfelder ergeben und politische Leidenschaften aufgestaut, die »bleiben« könnten, selbst wenn die Piraten (wie weiland auch den Grünen vorhergesagt) an subjektiver Tölpelhaftigkeit oder im Gehäuse des Parteienwesens scheitern sollten. Als politische DNA könnte »Plattformneutralität« (Seemann 2012) wirksam sein,² wenn darunter nicht nur das single issue Informationszugang liefe, sondern eben

² Michael Seemann: Plattformneutralität – das politische Denken der Piraten, in: Christoph Bieber u. Claus Leggewie (Hg.): Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena, Bielefeld 2012, S. 91 – 100.

eine Matrix entstünde, die andere Agenden politischer Gleichheit (Teilhabe von Migranten und Minderheiten, Religionsfreiheit, supra- und transnationale Partizipation) und Gerechtigkeit (wie Grundeinkommen, Bildung, Mobilität) integriert und das Netz hier nicht nur als Medium politischer Information und Kommunikation modelliert, sondern übergeordneten Ideen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit einer bestimmten Idee des Netzwerks zuführt.³

³ Der Text greift auf ein Konzeptpapier des KWI mit Gudrun Gersmann und Friedrich Jaeger sowie auf meinen Beitrag in dem Band ›Unter Piraten‹ (s. Anm. 2) zurück.